

6. Kulturpolitische Jahrestagung

Kulturpolitik im Welte(n)Wandel – Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt

20. – 21. April 2018 – Haus 1
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

ERÖFFNUNGSDISKUSSION

Zur Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs

20.04.2018, 13.30 – 15.00 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Olga Grjasnowa**, Schriftstellerin
- **Stadträtin Dr. Ina Hartwig**, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, Frankfurt a.M
- **Thorsten Schäfer-Gümbel**, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V.
- **Heba Ledwon**, Kiron Open Higher Education, ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Philipp Ruch**, Gründer des Zentrums für Politische Schönheit

Moderation: **Tanja Samrotzki**, Journalistin und Moderatorin

Der Keynote von Staatsministerin Michelle Müntefering schloss sich die Podiumsdiskussion zum Thema „Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs“ an. Auf dem Podium begrüßte die Moderatorin **Tanja Samrotzki** zunächst die Schriftstellerin **Olga Grjasnowa**, die in Aserbaidschan geboren ist, mit elf Jahren nach Deutschland migrierte und mittlerweile ihren dritten Roman auf Deutsch veröffentlicht hat. Zudem stellte sie **Heba Ledwon** vor, die sich bei Kiron Open Higher Education für Studienmöglichkeiten für Geflüchtete einsetzt und ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Ein weiterer Gast war der Gründer des Zentrums für Politische Schönheit, **Philipp Ruch**, der mit seinen künstlerischen Aktionen einen aggressiven Humanismus vertritt und es sich zum Ziel gesetzt hat, gegen die westliche Handlungsunfähigkeit angesichts der aktuellen menschlichen Katastrophen zu kämpfen. Als Vertreter der Politik war **Thorsten Schäfer-Gümbel** zu Gast, der nicht nur den Vorsitz des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V. inne hat, sondern auch Fraktions- und Landesvorsitzender der hessischen SPD sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist. Die kommunale Perspektive der Kulturpolitik vertrat die Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main sowie Autorin und Literaturkritikerin **Dr. Ina Hartwig**.

Zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Politik

Frau Samrotzki stellte zunächst den Teilnehmenden der Diskussion die Frage nach den Triebkräften, die auf Kunst und Kultur wirken und wie diese wiederum auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zurückwirken können. Mit Blick auf die derzeiti-

ge Verfassung unserer Gesellschaft und Demokratie sprach Herr Ruch von einer Ohnmacht der Zivilgesellschaft angesichts autokratischer Bewegungen und eines global aufkeimenden Faschismus. Gerade weil die nächsten Jahre womöglich so verheerend werden würden, beschäftigten diese Kräfte die Kunst sehr stark. Dabei würden Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und einer wehrhaften Demokratie aufgeworfen werden. Ruch zufolge könne dieser intellektuelle Kampf einer *geistigen Demokratie* jedoch nur in Foren einer Anwesenheit, in einem Raum des Austausches stattfinden. Digitale Sphären seien dafür nicht der passende Ort, so seine Einschätzung.

Olga Grjasnowa ging in ihrem Statement auf den Bereich der Kulturförderung ein. Sie schätze die bereits vorhandenen Systeme der Kunst- und Literaturförderung in Deutschland, halte aber ein neues Bekenntnis seitens der Politik für notwendig. Schließlich gehe es um grundsätzliche Fragen, die die Form und Offenheit unserer Gesellschaft betreffen. Dass z.B. auch Menschen mit Migrationsgeschichte Teilhabe und Zugang ermöglicht und ihren Stimmen Gehör verschafft werde, sehe sie als wichtigen Bestandteil einer offenen Gesellschaft.

Dieser Sichtweise schloss sich auch Hartwig an. Als Kulturdezernentin müsse sie die Schnittstelle zwischen Kunst und Politik gestalten und sehe ihre Aufgabe in erster Linie darin, Räume für Künstler_innen in Frankfurt zu sichern. Angesichts enorm steigender Mieten und Verdrängungsprozessen gehe es der kommunalen Kulturpolitik darum, Kunstschaffende auch nach ihrer Ausbildung in der Stadt zu halten und ihnen gute Rahmenbedingungen zu bieten.

Da sie die Künstler_innen als Herzstück einer Gesellschaft betrachte, fördere sie vor allem die freie Kultur- und Theaterszene in Frankfurt. Neben der Sicherstellung vom Status Quo sei es gleichzeitig auch wichtig, auf gegenwärtige Wandlungsprozesse in allen Sphären zu reagieren. Das gelte insbesondere für Museen, die sich mehr der Digitalisierung annehmen müssten, um einerseits eine gewisse Transparenz des kulturellen Reichtums sicherzustellen und andererseits die junge Generation der „Digital Natives“, etwa in Form einer digitalen Außenpräsentation, anzusprechen. Was Hartwig außerdem hervorhob, war die Tatsache, dass sich die Sammlungen der Museen gerade selbst in einem Bewusstseinswandel befänden. Das bedeutet, dass zunehmend der moralische Status der Ausstellungsstücke, etwa hinsichtlich des kolonialen Erbes, überprüft werde. Nicht zuletzt seien Museen ein wichtiger Raum für eine Stadtgesellschaft, die stark von Migrationsbiografien geprägt ist.

Kulturpolitik ist auch Gesellschaftspolitik

Daran anschließend unterstrich Heba Ledwon nochmals, dass Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik sei. Sie forderte, dass die Bundesrepublik ihren Fokus nicht allein auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik legen solle, sondern auch Vorreiterin in der Gesellschaftspolitik werden könne. Dabei sei entscheidend, dass die bestehende kulturelle Vielfalt, die eigentlich omnipräsent sei, auf jeder Ebene sichtbar gemacht und nicht künstlich getrennt werde. Auch für Ruch wäre das ein Akt politischer Schönheit. Bisher spiegele sich jedoch, wie Schäfer-Gümbel anmerkte, die Verände-

rung unserer Einwanderungsgesellschaft und somit die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht in den Kulturinstitutionen wider. Genau diese Diskrepanz sei eine Herausforderung und zugleich Triebkraft der Diskussion um Kulturpolitik. Digitalisierung werde die Auseinandersetzung in diesem Zuge nochmals beschleunigen, denn auch die Kommunikationsräume wandeln sich. Denn letztlich, so Schäfer-Gümbel, verändere Digitalisierung nicht nur Kunst und Kultur, sondern auch unsere Gesellschaft in einer fundamentalen Weise. Das wirke wiederum unmittelbar auf die Kulturpolitik zurück. Nichtsdestotrotz stellte er fest, dass Kulturpolitik noch immer als ein Nischenthema und als ein vollständig von der Gesellschaftspolitik getrennter Bereich betrachtet werde.

Des Weiteren berichtete Ruch von dem von ihm beobachteten neuen Ressentiments gegen die Kunst. Als Beispiel nannte er eine Performance auf der documenta, welche aufgrund ihres politisch nicht korrekten Titels abgesagt worden sei („Auschwitz on the Beach“). Was ihn daran störe, ist, dass sich die Kunst weniger erlauben dürfe als die Politik und entsprechend sanktioniert werde. Gleichzeitig gebe es viele Erwartungen und Anforderungen an die Kunst, allen voran möglichst korrekt zu sein. Er kritisierte den Rückgang in der Kulturförderung, der größtenteils die störende und aneckende Kunst betreffe. Aus diesem Grund plädierte er, selbst ein Vertreter einer radikal politischen Kunst, für mehr Mut und unangepasste politische Kunst, denn Kunst könne die Gesellschaft revolutionieren und als eine Kritik der Macht dienen. Seiner Ansicht nach seien die Künstler_innen und Intellektuellen weiterhin präsent, doch die Kunstförderung unterbinde in ihrer Auswahl, dass Kunst

gesellschaftlich wirksam werden könne. Diese Meinung zur künstlerischen Zensur stieß auf Widerspruch, sowohl auf dem Podium seitens der Kulturpolitik als auch aus dem Publikum. In der weiteren Debatte wurde herausgearbeitet, dass das Phänomen der „Political Correctness“ einen weiteren Treiber darstelle, der auf die Kunst- und Kulturbranche - sei es hinsichtlich der Sprache oder künstlerischer Ausdrucksformen - zurückwirke.

Als Schäfer-Gümbel an die Kunstschaffenden appellierte, sich stärker politisch zu positionieren, entgegnete ihm Ledwon, dass die Kritik weniger an die Künstler_innen gehen solle, sondern sich vielmehr an die staatlichen Institutionen richten müsse, damit dort die gesellschaftliche Vielfalt repräsentiert werde. Digitalisierung sehe Ledwon als eine große Chance, um Zugänge in vielen Bereichen offener zu gestalten. Bei Kiron Open Higher Education, einem gemeinnützigen Start-Up, beispielsweise würden mithilfe eines Online-Studienprogramms bestehende Barrieren auf dem Weg zur Hochschulbildung für Geflüchtete abgebaut werden. Eine weitere Möglichkeit, um Zugänge und gleichzeitig Vielfalt zu schaffen, sah Grjasnowa in Förder- und Stipendienprogrammen für verfolgte Schriftsteller_innen wie dem Writers-in-Exile Programm des deutschen PEN-Zentrums. Sie wünsche sich, dass solche Programme ausgebaut und globaler werden, auch in dem Sinne, dass sie sich nicht nur auf die sogenannte deutsche Staatskunst beschränkten. Auch Kulturinstitute im Ausland, wie etwa das Goethe-Institut oder das Institut Français, spielten eine wichtige Rolle sowohl bei der Förderung als auch beim politischen Schutz von Kunstschaffenden. Hinsichtlich des Schutzes der Kunstfreiheit in Deutschland hob

Ruch hervor, dass auf justizieller Ebene künstlerische Freiräume erfolgreich verteidigt würden. Bei den Gerichten sehe er demnach keine Zensur, wohl aber bei den Gremien und Förderstiftungen.

Worauf letztlich alle Diskutant_innen zu sprechen kamen, war das problematische Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu den Begriffen Leitkultur und Einwanderungsland. Hartwig hielt ein Plädoyer gegen die deutsche Leitkultur und erklärte, warum es keine nationale Kunst aus sich heraus geben könne. Wenn es überhaupt eine Staatskunst gebe, dann nur aus ideologischen Gründen. Die Kunst selbst stehe jedoch seit jeher für kulturelle Bewegung und hätte nie Grenzen gekannt. Museen hätten in diesem Prozess eine besondere Funktion, weil sie privilegierte Orte seien, um das auszutragen, was in der Welt des Wandels gerade geschehe. Als Repräsentanten dieser kulturellen Bewegungen richteten sie sich gleichzeitig an die Gesellschaft, die sich im Wandel befinde.

Als die Runde geöffnet wurde und Teilnehmer_innen aus dem Publikum zu Wort kamen, wurden Defizite in der politischen Debattenkultur angeprangert, die sich auch auf den Kulturbetrieb selbst beziehen. Ledwon und Hartwig schlossen sich der Problemanalyse an und betonten, dass es wichtig sei, möglichst viele Mitglieder unserer Gesellschaft an der Debatte teilhaben zu lassen und dadurch auch das Narrativ der Vielfalt einzuschließen. In diesem Zusammenhang bemerkte Ruch besorgt, dass viele Intellektuelle noch nicht verstanden hätten, dass der Kampf um eine offene oder geschlossene Gesellschaft im Digitalen längst tobte und oft von rechts dominiert werden würde. Demokratische Debatten bräuchten Räume, aber im glei-

chen Zuge auch die Ächtung menschenfeindlicher sowie antidemokratischer Positionen, die nicht Teil dieser Debatte sein sollten. Diese Grenze zu ziehen, sei jedoch nicht einfach, so Grjasnowa, da sich durch bestimmte Diskursereignisse, wie sie beispielsweise von Sarrazin hervorgerufen wurden, die Grenzen des Sagbaren verschieben würden. Schäfer-Gümbel versuchte die Problemlage in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und verwies auf die Unsicherheiten, die aufgrund der Unübersichtlichkeit durch Globalisierung oder auch Digitalisierung entstünden. Seiner Ansicht nach würden in der heutigen pluralistischen Medienlandschaft Grenzverletzungen ausdrücklich eingefordert, wodurch sich der Diskurs strukturell nach rechts verschiebe. Den Linken falle es zunehmend schwer, eine adäquate Antwort darauf zu finden und mit den strukturellen Veränderungen umzugehen. Uneins waren sich Schäfer-Gümbel und Ruch bei den Erklärungen, warum sich rechtspopulistische oder -extreme Parteien zu bestimmten Zeiten durchgesetzt haben. Während sich Schäfer-Gümbel auf Untersuchungen des Marshall Funds berief, denen zufolge eine gute wirtschaftliche Lage jenen Parteien ein Möglichkeitsfenster biete, weil die beiden großen, ideologischen Blöcke aufgehört hätten, über die großen Themen zu streiten, sah Ruch das genaue Gegenteil, also eine Wirtschaftskrise, als ausschlaggebend.

Zum Abschluss wurden die Gäste auf dem Podium zu ihren Wünschen an die Politik und Kultur befragt. Philipp Ruch nannte Heiko Maas Auftritt bei einer Talkshow mit Günther Jauch, in der er Björn Höcke Kontra gegeben hatte, als einen Triumph des Scharfsinns. Er bedauere, dass davon in den Medien zu wenig berichtet wurde und wolle mehr solcher Auftritte sehen. Hartwig unterstrich, dass die Kunst frei sei, weshalb sie sich als Kulturpolitikerin von ihr nichts wünschen wolle. Ihrer Ansicht nach sei die zentrale Bedeutung der Kunst noch nicht vollständig erkannt worden, weshalb sie ihr eine größere Sichtbarkeit wünsche. Dass Kulturpolitik mehr als Gesellschaftspolitik verstanden werde und sich die Institutionen dafür öffnen, war Ledwons zentrales Anliegen. Grjasnowa sprach sich für mehr internationale Programme aus, die den Austausch förderten. Thorsten Schäfer-Gümbel äußerte abschließend den Wunsch, dass Politik und Kultur mehr in den Dialog treten und es weitere solcher kulturpolitischen Jahrestagungen gäbe. Diesen Wunsch aufgreifend entließ Moderatorin Samrotzki das Publikum in die Laboratorien, in denen es in verschiedenen Formaten mit Kulturschaffenden, Kulturpolitiker_innen, Verbandsvertreter_innen und Multiplikator_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in einen intensiven fachlichen Austausch treten konnte.

Impressum

Herausgeber

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

Verantwortlich

Franziska Richter

Kontakt

franziska.richter@fes.de

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

** Der Inhalt des Beitrages enthält Meinungen der Redner_innen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der FES.*